Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

# Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

19. Sitzung
8. Juni 2023

Beginn: 09.05 Uhr
Schluss: 12.17 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

**Aktuelle Viertelstunde**

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** erinnert daran, dass die schriftlichen Fragen gemäß den Verfahrensregeln des Ausschusses jeweils bis Dienstag, 15 Uhr, eingereicht werden müssten.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

> Photovoltaikanlagen amortisieren sich im Schnitt spätestens in 10 bis 15 Jahren und werden bereits durch den alten Senat gefördert. Wie erklärt sich der Senat, dass angesichts immenser Baukostensteigerung, Fachkräfte- und Baustoffmangel ausgerechnet die Solarpflicht im Bestand Sanierungstätigkeit behindere?

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) erläutert, dass derzeit nötige Sanierungen von Gebäuden zurückgestellt würden. Dies sei auch auf die Solarpflicht zurückzuführen, weil diese bei größeren energetischen Sanierungen am Dach greife. Müsse die Statik des Daches angepasst werden, seien die Kosten nur schwer abzuschätzen, was Bauherrn abschrecke. Die Amortisierungsdauer könne in manchen Fällen auch bei 20 bis 25 Jahren liegen.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) bittet um Erläuterung, wie das durch die Aufweichung der Solarpflicht verlorene Potenzial von Solarflächen auf Bestandsgebäuden kompensiert werde, um trotzdem das Ziel von 25 Prozent solarer Stromerzeugung in Berlin zu erreichen.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) stellt klar, dass es keine Aufweichung sei, sondern eine Analyse und Weiterentwicklung zur Auflösung von Hemmnissen. Eine Evaluation nach zwei Jahren sei auch im Gesetz festgeschrieben. Generell sei es nicht sinnvoll, wenn energetische Sanierungen aufgrund der Solarpflicht zurückgestellt würden.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt für ihre Fraktion:

> Mit welchen Maßnahmen kann aus Sicht der Senatsverwaltung die Umsetzung des Solargesetzes bestmöglich unterstützt werden, um den Anteil von Solarenergie bei der Strom- und Wärmeversorgung schnellstmöglich zu erhöhen und um mögliche Umsetzungsprobleme zu adressieren?

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) unterstreicht, dass die Evaluation wichtig sei, um die Wirkung bewerten und Fehlsteuerungen vermeiden zu können. Weiterhin gebe es bereits Informationsmaterial der SenWiEnBe, aber bei Zurückhaltung müsse das mit weiterer Kommunikation aufgefangen werden. Des Weiteren gebe es die Förderprogramme SolarPLUS und Effiziente GebäudePLUS, die ebenfalls auf ihre Wirkung geprüft würden. Würden daneben noch weitere Potenziale für Solarenergie erschlossen, könne mit diesen Mitteln der Ausbau weiter beschleunigt werden.

**Linda Vierecke** (SPD) fragt nach, inwiefern das BEK und die Zusammenarbeit mit der zuständigen Senatsverwaltung richtungsweisend sei.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) antwortet, dass die Solarenergie ein wichtiger Teil des BEK und der einzelnen Sektorzielen sei und die zuständige Senatsverwaltung unterstützt werde.

**Christian Zander** (CDU) fragt nach, ob sich das neue System, dass die BSR ohne Einzelaufträge seitens der Bezirke illegale Müllablagerungen beseitigen könne, bewährt habe.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) erläutert, dass seit Mai die Abstimmungsprozesse und Verfahrensweisen geklärt würden. Es seien bereits Hotspots von Müllablagerungen identifiziert, die Verfahrensweisen bei Sonderfällen, etwa wenn der Verursacher bekannt sei, abgeklärt und die Kommunikationswege abgestimmt. Bezirke und Berliner Forsten seien bislang mit der Arbeit der BSR zufrieden. Teilweise gelinge es, Müllablagerungen schneller als das gesteckte Ziel von spätestens zehn Tagen zu beseitigen. Dies werde nicht in der Öffentlichkeit kommuniziert, um bei den Bürger/-innen keinen Anreiz für illegale Ablagerungen zu schaffen.

**Christian Zander** (CDU) fragt nach, ob Bürger/-innen wie bisher illegale Ablagerungen über die App der Ordnungsämter melden könnten. Leiteten die Bezirke dies an die BSR weiter?

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) antwortet, dass bestehende Prozesse auch weiterhin gültig seien. Die App sei sehr gut, aber sie müsse noch bekannter werden. Anlaufschwierigkeiten der Prozesse seien aber zu erwarten.

**Katalin Gennburg** (LINKE) fragt, ob der Senat zustimme, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele der Flugverkehr und hier insbesondere Flüge mit Privatjets deutlich reduziert werden müsse. Wie bewerte der Senat das Vorhaben des Flughafens Schiphol, Privatflüge zukünftig zu untersagen?

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** weist darauf hin, dass nur eine Frage gestellt werden dürfe. Die Senatorin dürfe daher eine Frage zur Beantwortung auswählen.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) führt aus, dass der Flugverkehr zukünftig auf alternativen Antriebsstoffen basieren müsse, aber gerade Inlandsflüge könnten individuell reduziert werden. Die öffentliche Hand gehe mit gutem Beispiel voran. Genaue Informationen zu Emissionen und der Entscheidung des Flughafens seien ihr nicht bekannt.

**Katalin Gennburg** (LINKE) fragt nach, ob der jetzige Senat das seit der Coronapandemie bestehende Verbot von Inlandsflügen für das Berliner Verwaltungspersonal fortführe, oder ob er dies als eine individuelle Entscheidung betrachte.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) antwortet, dass keine Verbote geplant seien. Es sei besser, dafür zu sensibilisieren, Inlandsflüge zu unterlassen. Die öffentliche Hand solle Vorbild sein und Anreize setzen.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatsverwaltung**

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) berichtet, dass die 2021 beschlossene Umstellung vom gelben Sack auf die Wertstofftonne am 1. Juli beginne. Die Tonnen seien stabiler, schützten besser vor Wildtieren und könnten auch mit sperrigem Gut befüllt werden. Davon werde sich eine Erhöhung der Sammlungsmenge von Wertstoffen versprochen. Die Umstellung erfolge von Juli an bis Ende Oktober von West nach Ost. Selbstbeschaffte Tonnen könnten aus technischen Gründen nicht weiterverwendet werden. – Bezüglich der anstehenden Novellierung des BEK wolle der neue Senat die bisherigen Ergebnisse fortsetzen und im parlamentarischen Verfahren den Innovationsaspekt stärken. – In der Invalidenstraße sei die letzte von 24 im Rahmen eines Pilotprojekts geplanten autarken Toiletten eröffnet worden. Probleme und Vandalismus könnten über einen QR-Code gemeldet werden. – In Britz entstehe das Pilotprojekt Waldgarten, wo ein Wald nachgebildet und mit Kleingartenparzellen kombiniert werden solle. Das Vorhaben sei ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Bezirk, Land, Bund und EU, die das Projekt förderten.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** bittet, möglichst prägnante Fragen zu stellen.

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) fragt nach, ob der Bericht zum BEK die offizielle Haltung des Senats sei, sodass nun mit den Beratungen in den Ausschüssen begonnen werden könne. Es sei positiv, dass das BEK, anders als das Mobilitätsgesetz, nicht wieder erst im Senat bearbeitet werde.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) antwortet, dass das der Fall sei.

**Katalin Gennburg** (LINKE) fragt, ob die Senatsverwaltung auf eine komplette Kostenfreiheit der öffentlichen Toiletten hinwirke. Die Kosten seien relativ niedrig.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) weist darauf hin, dass die Haushaltslage angespannt sei und letztlich das Parlament als Haushaltsgesetzgeber die Mittel bereitstellen müsse. Die Senatsverwaltung sei aber an weiteren kostenlosen Angeboten interessiert.

**Julia Schneider** (GRÜNE) fragt nach, worauf sich die Reihenfolge bei der Umstellung auf Wertstofftonnen begründe.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) antwortet, dass ihr das nicht bekannt sei.

**Danny Freymark** (CDU) bittet, dass Zeitpunkt der Umstellung in den Bezirken bekannt gemacht werde. Weiterhin brauche es einen Bericht, der in einigen Monaten darstelle, wie der Stand der Kosten des Unterhalts der kostenlosen Toiletten sei. In der Vergangenheit habe es in kostenlosen Toiletten Probleme mit Vandalismus und der Sauberkeit gegeben. – Das BEK sei anders als das Mobilitätsgesetz, das mangelhaft gewesen sei, aus dem Parlament heraus entstanden und werde weiter gestärkt.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** weist hin, dass in diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache stattfinden solle.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

| | |
|---|---|
| Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br>**Das Beste für Berlin – Richtlinien der Regierungspolitik im Bereich Umwelt und Klimaschutz**<br>(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0088<br>UK |

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) führt aus, um das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen, müsse schnell gehandelt und der Klimaschutz beschleunigt werden. Die bereits bestehende umfangreiche Expertise in der Senatsverwaltung sei die Basis, um das Ziel eines klimaneutralen Berlins noch vor 2045 zu erreichen. Das BEK sei dafür der zentrale Baustein und solle zu einem effizienten Tool der Klimagovernance weiterentwickelt werden, das sich an messbaren Effekten der Maßnahmen orientiere. Für die Erreichung des Ziels müssten alle Ressorts zusammenarbeiten und sich für den Klimaschutz einsetzen. Dieser Einsatz müsse

durch eine Senatskommission Klimaschutz mithilfe des BEK zentral gesteuert und kontrolliert werden. Übergreifende Zielkonflikte müssten auf hochrangiger Ebene aufgelöst werden. Ein weiteres Mittel sei das Sondervermögen "Klimaschutz, Resilienz und Transformation". Es müsse aber sichergestellt sein, dass Hemmnisse aufgelöst würden und der Mittelabfluss sichergestellt sei. Ein enger Austausch mit Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik könne Impulse geben. Die Initiativen und Netzwerke müssten auch miteinander vernetzt werden. Bürger/-innen befürworteten Klimaschutz, dürften finanziell aber nicht überfordert werden Klimaschutz gelinge nur, wenn soziale Aspekte berücksichtigt und mitbedacht würden.

Angesichts dessen, dass 90 Prozent der Wärme in Berlin aus fossilen Energieträgern gewonnen werde, sei offensichtlich, dass die Umstellung der Wärmenutzung weiter vorangetrieben werden müsse. Dazu werde ein Wärmekataster für die Planung erstellt und die Geothermie gefördert. Letztere könne bis zu 20 Prozent des Wärmebedarfs in Berlin decken. 13 Potenzialstandorte seien identifiziert, und an drei würden Probebohrungen durchgeführt. Ein Förderprogramm solle weitere Risiken für Investoren reduzieren. Insgesamt müssten die verschiedenen Förderprogramme von Bund, Land und EU besser verzahnt werden.

Die zweite Herausforderung sei die Anpassung an den Klimawandel. Grünflächen, Stadt- und Straßenbäume, begrünte Dächer, Fassaden und Innenhöfe kühlten die Stadt und könnten vor Hitze schützen. Daher würden Förderprogramme ausgeweitet und neu eingerichtet, etwa ein Sofortprogramm für die Pflanzung von 10 000 Stadtbäumen. Not- und Trinkwasserbrunnen würden an die BWB übertragen und funktionsfähig gemacht. – Seit Mai nehme die Bodenfeuchte wieder stark ab, sodass Trockenheit eine weitere Herausforderung sei. Gewässer müssten besser geschützt und das Abwasser-/Regenwassermanagement verbessert werden. Wichtig sei auch die Abstimmung mit Brandenburg. – Die Beseitigung von Müllablagerungen sei den Berlinern wichtig. Daher werde dort ein Schwerpunkt gesetzt und die Zusammenarbeit der bezirklichen Grünflächen- und Ordnungsämter sowie der BSR intensiviert.

**Linda Vierecke** (SPD) unterstreicht, dass mögliche Klimaszenarien für Berlin mit Temperaturen von 42 Grad Celsius erschreckend und gerade für Ältere und Obdachlose gesundheitsgefährdend seien. Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen müsse beschleunigt werden, um eine Klimaneutralität deutlich vor 2045 zu erreichen. – Der Bereich der Umweltgerechtigkeit sei der SPD-Fraktion besonders wichtig. Ärmere seien von Umweltbelastungen stärker betroffen, wie der Umweltgerechtigkeitsatlas zeige. Dies müsse bei der Verteilung von Baumpflanzungen und Grünflächen beachtet werden. – Wasser müsse als Ressource betrachtet, eingespart und recycelt werden. Möglicherweise könnten die BWB geklärtes Wasser wieder in die Nutzung geben, statt es abfließen zu lassen. Gegebenenfalls brauche es auch ordnungsrechtliche Eingriffe, um unnötige Wasserverbräuche, etwa für die Rasenbewässerung, zu untersagen. Dies gebe es in anderen Bundesländern bereits. – Welche Konzepte habe der Senat, um mit den wirtschaftlichen und geologischen Risiken der wichtigen Technologie Geothermie umzugehen?

**Dr. Stefan Taschner** (GRÜNE) merkt an, dass seine Fraktion die von der Senatorin geäußerten klimapolitischen Ziele teile. Er hoffe auf eine konstruktive Zusammenarbeit. – Was genau werde mit den 5 Milliarden Euro im Sondervermögen Klimaschutz finanziert? Seien diese Mittel zusätzlich zum Haushalt oder würden Haushaltsposten gestrichen? Sei geplant, die Mittel komplett in der Legislaturperiode zu verausgaben? – Gebe es funktionale Unterschiede zwischen der erwähnten Senatskommission und dem noch unter Senatorin Jarasch eingesetz-

ten Senatsausschuss Klimaschutz? – Die Wärmewende sei die größte Herausforderung, aber mit dem bereits aufgesetzten Wärmekataster und der Wärmeplanung gebe es eine gute Basis. Werde letzteres in Zusammenarbeit mit den Bezirken umgesetzt? Welche Akteure und wie viel Personal sei nötig? – Im Bereich der tiefen und oberflächennahen Geothermie habe der alte Senat Fortschritte und Förderungen ermöglicht, aber es gebe noch den Konflikt mit dem Grundwasserschutz. Sei geplant, die Anforderungen zu reduzieren, weil Berlin hier besonders restriktiv sei? – Grünflächen, begrünte Innenhöfe und Fassadenbegrünung seien wichtige Anpassungsmaßnahmen gegen Hitze, stünden aber im Konflikt mit Wohnbaumaßnahmen. Sei geplant, den Kontakt zur SenSBW zu suchen, um dies doch zu ermöglichen? – Inwieweit sei die SenMVKU in die Entscheidungen zur Rekommunalisierung von Vattenfall Wärme eingebunden?

**Frank-Christian Hansel** (AfD) kritisiert, dass die Richtlinien der Umwelt- und Klimapolitik der Senatorin nur eine Fortschreibung rot-grün-roter Politik seien. Eine Unterordnung aller Politikziele unter den Klimaschutz sei übertrieben und gefährde die bezahlbare Energieversorgung. Warnungen vor tödlichen Hitzesommern seien übertrieben. Geothermie sei wichtig, aber ebenso brauche es für die Energieversorgung statt Wind- und Solarenergie Gas, Kernenergie sowie Kernfusion. Die CDU müsse beachten, dass die Wähler Rot-Grün-Rot sowie den Volksentscheid für mehr Klimaschutz abgelehnt hätten.

**Julia Schneider** (GRÜNE) fragt nach, ob bei der Sanierung der Notbrunnen teilweise der Bund mitfinanzieren müsse. Was sei der Sachstand? – Wie könnten Zielkonflikte beim Moorschutz aufgelöst werden, etwa beim Beispiel Moorlinse in Buch? Es wäre positiv, wenn die Senatorin auf ihre Parteikollegen der EVP einwirke, da diese das Gesetz zur Rettung der Natur auf der EU-Ebene blockierten. – Das 10 000-Bäume-Programm sei nur sinnvoll, wenn diese Zahl innerhalb eines Jahres gepflanzt würde, um tatsächlich einen Überschuss zu pflanzen. Derzeit gingen 5 000 Bäume pro Jahr verloren. Straßenbäume könnten von Entsiegelung profitieren. Welche Pläne habe der Senat? Sei eine landeseigene Baumschule geplant, um die Versorgung mit Setzlingen sicherzustellen? Welche Arten von klimaresilienten Bäumen würden gepflanzt? Würden nichtheimische Arten erprobt? – In der Altlastenbehörde gingen potenzielle Finanzmittel verloren. Welche Maßnahmen seien geplant, um dies zu verbessern? – Festzuhalten sei, dass die Umweltgerechtigkeit ein wichtiges Thema sei. Klimaschutz wirke in andere Bereiche hinein, etwa bei Gesundheit und Verkehr.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ** teilt mit, dass eine Antwortrunde der Senatorin eingefügt werde, damit die Vielzahl der Fragen beantwortet werden könnten.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) führt aus, dass angesichts von Hitzesommern die Umsetzung von Klimaresilienzmaßnahmen beschleunigt werden müsse. Der Umweltgerechtigkeitsatlas sei ein wichtiges Hilfsmittel, mit dem diese Maßnahmen nach sozialer Komponente und Hitzebelastung priorisiert werden könnten. – Zum Wasserbereich sei die Abstimmung mit Brandenburg wichtig. Generell müsse ein Notfallplan entworfen werden, wie Wasser in Dürrezeiten verteilt werden könne. Es gebe Gespräche mit der BWB zum Recycling von Wasser. – Zur Vermeidung von Senkungen aufgrund von Geothermiebohrungen und Grundwasserschädigungen würden die Standorte für Probebohrungen nach niedrigstem Risiko ausgewählt. Das Erkundungsrisiko sei ein Risiko für Investoren, was mit Hilfsprogrammen reduziert werden solle.

Die Zielkonflikte seien bekannt. Berlins solle als grüne Stadt erhalten und ausgebaut werden. Sie sehe die Auflösung von Zielkonflikten als Aufgabe ihrer Senatsverwaltung und der Senatskommission. Inwiefern diese mit dem Senatsausschuss vergleichbar sei, könne sie nicht bewerten. – Das Sondervermögen werde derzeit juristisch abgestimmt. Es solle additiv und investiv sein sowie auf $CO_2$-Neutralität abzielen. Wie sich das in den Haushaltsplan einfüge, werde Teil der Haushaltsberatungen sein. – Bei der tiefen Geothermie sei wichtig, möglichst viele Haushalte versorgen zu können. Eventuell könne die Wärme auch in Strom umgewandelt werden. Szenarien der GASAG mit entsprechendem Planungen in Oberschöneweide zeigten, dass Hunderttausende Haushalte mit Strom versorgt werden könnten. Die Senatsverwaltung beobachte das Vorhaben interessiert. – Die SenMVKU unterstütze die SenSBW bei der Suche nach Flächen für Wohnungsbau und achte darauf, dass Grünflächen mitgedacht würden. – Die SenMVKU sei in den Prozess der Rekommunalisierung eingebunden. Derzeit sei das Vorhaben noch im Stadium, dass die SenFin und SenWiEnBe die Verträge ausarbeiteten.

Das 1,5-Grad-Ziel sei für die Senatsverwaltung handlungsweisend. Es sei zu beachten, dass sich trotz des Scheiterns des Quorums des Volksentscheids Hundertausende Menschen für mehr Klimaschutz ausgesprochen hätten. Bei Privatleuten und in der Wirtschaft gebe es eine große Motivation, die Transformation voranzubringen.

Der Hitzeplan brauche eine übergreifende Strategie, etwa mit der Einbindung der Gesundheitsverwaltung. – Die Finanzierung der Notbrunnensanierung obliege wohl dem Bund. Der Sachstand in Bezug zur Moorlinse sei ihr im Moment unbekannt. – Es gebe einen Austausch mit der EVP-Fraktion, um Berliner Interessen zu sichern. – Das Pflanzenschutzamt prüfe, welche klimaresilienten und fremden Arten angepflanzt werden könnten. Der Prozess sei aufwendig, da es eine eingehende Evaluation brauche. Eine Entsiegelung, um zusammenhängende Flächen zu schaffen, könne den Straßenbäumen helfen. – Der Vorschlag einer landeseigenen Baumschule werde notiert. Die Berliner Forsten arbeiteten bereits mit Baumschulen eng zusammen. – Zum Umgang mit Altlasten gebe es noch keine Strategie. Eine Möglichkeit wäre, über eine Initiative des Landes Berlin auf Bundesebene die Abfallende-Verordnung so anzupassen, dass Stoffe, die noch gut oder gut aufbereitet seien, nicht mehr als Abfall gewertet werden müssten.

**Alexander Bertram** (AfD) bemängelt, dass trotz des schlechten Zustands der Berliner Wälder die Berliner Forsten – BF – in den Richtlinien der Politik kaum erwähnt worden seien. Wie werde die BF gestärkt? Welchen Stellenwert habe die BF für die Senatsverwaltung? Wie werde der Waldumbau weiter fortgeführt? – Die Baumbilanz zeige, dass immer noch mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt würden. Das Sofortprogramm sei richtig, aber nicht nachhaltig. Wie könne die Baumbilanz langfristig verbessert werden? Wie weit seien die Gespräche mit den Bezirken? – Nach Großveranstaltungen seien die Parks häufig stark vermüllt und beschädigt. Hier brauche es vor allem mehr Kontrolldruck oder andere Maßnahmen. Gebe es in diesem Bereich Ansätze?

**Katalin Gennburg** (LINKE) wirft vor, dass es angesichts der zunehmenden Trockenheit realitätsfern sei, das Wachstum und das Bauprogramm der Stadt so fortzuführen wie bisher. Manche Orte in Frankreich hätten bereits auf die fehlenden Wasserressourcen regiert und einen Baustopp erlassen. Generell sei die Wasserfrage in den Richtlinien unzureichend beantwortet. Da die Grundwassernutzung der Firma Tesla in Brandenburg eine Gefährdung der

Berliner Wasserversorgung sei, müsse Berlin eingreifen und seine Interessen wahren. Die Wirtschaft in Berlin müsse ebenfalls verstärkt auf die Nutzung von Grauwasser setzen. Dazu gebe es über die Bauordnung eine Lösungsmöglichkeit. Wie könnten die Unternehmen mit konkreten Transformationsstrategien unterstützt werden, um die Grundwassernutzung zu minimieren? – Bei der Sanierung der Notbrunnen werde ihre Fraktion den Senat unterstützen. Ihre Fraktion fordere ebenfalls einen Hitzeplan für Berlin. Gebe es dazu Pläne in der Koalition? – Generell zeigten die Richtlinien der Regierungspolitik der SenMVKU ein starkes Ungleichgewicht zugunsten der Mobilität. Werde die Senatorin dies mit einem verstärkten Einsatz im Umweltbereich ausgleichen?

**Julian Schwarze** (GRÜNE) greift auf, dass in den Richtlinien die Netto-Null-Versieglung bis 2030 anders als zuvor nur noch angestrebt sei. Bis wann und wie solle die vollständige Netto-Null-Versiegelung erreicht werden? – Es sei auch angekündigt, dass die BSR zukünftig noch weitere Flächen zur Reinigung übernehmen solle. Nach welchen Kriterien würden diese festgelegt? Könnten die Bezirke eine Erhöhung ihrer Haushalte für die Pflege der Grünanlagen erwarten?

**Danny Freymark** (CDU) unterstreicht, dass eine Klimaneutralität noch vor 2045 ambitioniert sei, aber die Senatorin habe bereits die notwendigen Maßnahmen erwähnt. Er sei auch überzeugt, dass die Koalition kleinere Themen berücksichtigen werde. Die Klimafolgenanpassung mit Maßnahmen wie einer Verschattung und weiteren Trinkbrunnen, auch in den Außenbezirken, sei leider notwendig. Die Verwaltung solle auch kreativer denken und könne Bürger/-innen etwa mit Baumpatenschaften einbinden. Die Forderungen der Grünen nach mehr Fassaden- und Dachbegrünungen unterstütze er. Grün, Bäume und Zugang zu Wasserflächen müssten weiter gefördert werden, da diese nachweislich die Lebensqualität der Menschen erhöhten. – Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie müssten so gut wie möglich erreicht werden. Hier müsse das Parlament Mut beweisen und entsprechende Mittel ausgeben. Im Hinblick auf die Problematik im Blumenviertel müsse gelten, dass das Management des Grundwassers Teil der Daseinsvorsorge sei. Die CDU-Fraktion habe das Ziel, die BWB hier mit einer stärkeren Managementrolle auszustatten. – Das Parlament und die Stadtöffentlichkeit sollten sich beim Sondervermögen beteiligt fühlen. Es dürfe aber nicht durch Klagen blockiert werden. Die nachweislich vielfach höheren Kosten eines ungebremsten Klimawandels rechtfertigten die Aufnahme neuer Schulden.

**Julia Schneider** (GRÜNE) wendet ein, dass das Parlament beim Sondervermögen sich nicht nur beteiligt fühlen, sondern tatsächlich beteiligt werden solle. – Sie frage nach, in welchem Zeitraum die 10 000 Bäume gepflanzt werden sollten. Auch danke sie der Senatorin für deren Einsatz für das Gesetz zur Rettung der Natur auf der EU-Ebene.

**Senatorin Dr. Manja Schreiner** (SenMVKU) erläutert, dass die zunehmende Trockenheit sowie die Schaffung von Wohnraum tatsächlich Zielkonflikte seien. Die Flächenversiegelung könne durch höheres und kompakteres Bauen reduziert werden. Bei Neubauten hätten die Bauwirtschaft und Architekten alle Möglichkeiten, ökologische Materialien und Maßnahmen zu nutzen, was aber letztlich auch die Mietpreise erhöhe und damit auch ein sozialer Zielkonflikt sei. – Zur Wasserstrategie könne in diesem Rahmen nicht auf alle Details eingegangen werden, aber das Angesprochene sei adressiert. Es brauche Abstimmungen mit Brandenburg, auch zu Tesla. – Der Senat habe unabhängig von Zuständigkeiten das gemeinsame Ziel, die Notbrunnen zu ertüchtigen. Dazu gebe es bereits Abstimmungen auch mit den BWB. – Auch

bei der verstärkten Nutzung von Grauwasser brauche es Gespräche mit den Unternehmen, um die Schwierigkeiten erfahren zu können. Das Ziel sei aber eindeutig ein verstärktes Recycling von Wasser. – Der Verkehrsbereich sei in den Richtlinien tatsächlich kleinteiliger formuliert. Das eröffne im Klima- und Umweltschutzbereich aber die Möglichkeit, dass Senat und Parlament weitere Ideen entwickeln und einbringen könnten. – Die Netto-Null-Versiegelung sei weiterhin das Ziel. Die Gründe für die leicht abgewandelte Formulierung seien ihr nicht bekannt. Es gebe aber eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erreichung.

Der Senat strebe die Klimaneutralität vor 2045 an und versuche, mit dem BEK genauer zu adressieren, was wann möglich sei. – Bei der Klimafolgenanpassung gebe es sowohl in der Zivilgesellschaft als auch bei Unternehmen noch ungenutztes Potenzial. Es gebe eine Vielzahl von Initiativen, und viele Menschen seien motiviert, sich zu beteiligen. Die bereits bestehenden Initiativen und Möglichkeiten müssten teilweise noch bekannter werden. – Die Fassadenbegrünung sei wünschenswert, aber es dürfe nicht so sein, dass die Verwaltung die Lösungen vorgebe. Es brauche einen Wettbewerb der Architekten um die besten Ideen. – Die Regenwasseragentur arbeite erfolgreich und werde fortgeführt. Die Situation im Blumenviertel sei ein wichtiges Anliegen der Senatsverwaltung und werde weiter bearbeitet.

**Staatssekretärin Britta Behrendt** (SenMVKU) ergänzt, dass es bezüglich des Blumenviertels ein umfangreiches Beratungsangebot der SenMVKU gebe, das aber nur bedingt abgerufen werde. Es brauche daher weitere Kommunikationsangebote, um vor Ort beraten und auch für Einzelfälle angemessene Lösungen finden zu können. Sie selbst wolle sich vor Ort ein Bild machen. – Ihr erster Besuch als Staatssekretärin sei bei den Berliner Forsten gewesen, was deren Stellenwert unterstreiche. Im Koalitionsvertrag sei festgehalten, dass diese weiter unterstützt werden sollten. Das Mischwaldprogramm sei ein enormer Transformationsprozess, der ein Umdenken bei Förstern verlange. Auch die Bevölkerung müsse besser sensibilisiert werden, um die Wertschätzung der BF zu steigern und um Waldbrände zu verhindern. – Die Verwaltung sei angewiesen worden, zu prüfen, wie weitere Grünanlagen in die Reinigung durch die BSR einbezogen werden könnten. Dies sei über Verordnungen geregelt, aber das Ergebnis liege noch nicht vor. Zur Abstimmung wolle sie sich mit den zuständigen Bezirksstadträten treffen. Es gebe viele gute zivilgesellschaftliche Initiativen, um den Müll in Parks zu reduzieren, sowie die Parkranger, aber letztlich seien auch ordnungsrechtliche Maßnahmen nötig. – Ihr Ziel sei es, die 10 000 Bäume bis zum Ende der Legislatur gepflanzt zu haben. Dies sei ambitioniert, daher brauche es gemeinsame Anstrengungen und innovative Ideen, wie auch die Unternehmen und die Zivilgesellschaft eingebunden werden könnten. –- Der Hitzeplan sei wichtig für die Klimafolgenanpassung. Er werde zusammen mit der Gesundheitsverwaltung erstellt. Die Dringlichkeit sei allen bewusst.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

| | | |
|---|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br>**Kleingartensicherung in Berlin und Stand KEP (Kleingartenentwicklungsplan)**<br>(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0087<br>UK |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br>**Möglichkeiten der Sicherung von Kleingärten ausloten und nutzen**<br>(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0089<br>UK |

Hierzu: Anhörung

| | | |
|---|---|---|
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 19/0986<br>**Rechtlichen Rahmen für ein Kleingartenflächensicherungsgesetz prüfen** | 0096<br>UK<br>StadtWohn(f) |
| d) | Antrag der AfD-Fraktion<br>Drucksache 19/0543<br>**Kleingartenflächensicherungsgesetz Berlin – Kleingartenkultur und Erholungsraum erhalten!** | 0080<br>UK<br>StadtWohn(f) |

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.